

N-Lab: Welche Rolle spielt der Green Deal für Kommunen?

Mit dem im Dezember 2019 vorgestellten Green Deal möchte die EU-Kommission aus Europa bis 2050 den ersten klimaneutralen Kontinent machen. Ein ambitioniertes Ziel, das nur durch die Unterstützung der Städte und Gemeinden umzusetzen ist. Doch welche Rolle spielen Kommunen im Green Deal? Wie stärkt der Green Deal das Engagement der Kommunen z.B. im Klimaschutz? Und wie kann der Green Deal mit der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik vereinbart werden? Darüber diskutierten **Bernd Voß**, Mitglied im Ausschuss der Regionen und Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, **Michael Schmitz**, Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages und **Sibylle Keupen**, Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen mit über 70 Teilnehmenden aus Kommunalverwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Moderiert wurde das digitale N-Lab am 18. Februar 2021 von Dr. Hannah Büttner.

Green Deal wird zu 70-80 Prozent in Kommunen umgesetzt

Das Jahr 2020 stand im Zeichen der Corona-Pandemie. Umso überraschter ist **Bernd Voß**, Mitglied im Ausschuss der Regionen und Mitglied des Schleswig-Holsteinisches Landtages, mit welcher Stärke der Green Deal Eingang in die Gesellschaft fand und trotz der Herausforderungen der Pandemielage durch die EU-Gremien getragen wurde. Der Green Deal setzte bei den zentralen Herausforderungen der Dekarbonisierung, Digitalisierung, Dezentralisierung und Demokratischen Beteiligung an, doch insgesamt kämen diese Anschübe 10 Jahre zu spät, so Voß.

Thematisch bediene der Green Deal eine große Bandbreite an Herausforderungen mit hohem Handlungsdruck, die sich in über 50 Gesetzesinitiativen wiederfinden würden. Entscheidend sei auch der Ort der Umsetzung: „Der Green Deal wird zu 70-80 Prozent auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Wenn dies nicht gelingt, wird die Spaltung der Gesellschaft noch größer werden“, so Voß. Ein Beispiel sowohl für die Größenordnung der Herausforderungen, aber auch für die Wirkungsweise des Green Deals sei die von der Kommission angestoßene Renovierungswelle. Allein 40 Prozent des Energieverbrauches entfallen innerhalb der EU auf Gebäude, gleichzeitig leiden 34 Millionen Europäer*innen unter Energiearmut. Die Umsetzung des Green Deals auf kommunaler Ebene und das schnelle Einläuten des Transformationsprozesses seien nun zentrale und entscheidende Schritte.

Begrenzte Fördermittel zur Umsetzung des Green Deals

Dass der Green Deal das Fundament für das langfristige Ziel der EU-Klimaneutralität darstellt und dessen Umsetzung in den Kommunen entscheidend sein wird, bestätigt auch **Michael Schmitz**, Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages. Den konkreten Initiativen, die sich aus dem Green Deal ergeben, stehen auf europäischer Ebene diverse Fördermöglichkeiten gegenüber, die auf kommunaler Ebene relevant sind (s. Abbildung 1). Doch trotz dieser verschiedenen Optionen befürchtet Schmitz: „Die Fördermittel decken nicht alles ab, was zur Umsetzung der europäischen Maßnahmen nötig sein wird.“



Abbildung 1: Überblick zu Fördermöglichkeiten der Initiativen des Green Deals

Für Kommunen besonders interessant seien die drei folgenden Finanzierungsquellen: Im **Fonds für den gerechten Übergang** stehen für Deutschland 2,2 Mrd. Euro bereit, die in den Strukturwandelregionen für Investitionen in KMU, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft etc. genutzt werden können. Mittel aus der **Aufbau- und Resilienzfazilität** sollen mind. zu 37 Prozent dem Kampf gegen den Klimawandel und zu 20 Prozent Digitalisierungsmaßnahmen dienen. Nach Aussage der Kommission hätte der deutsche nationale Aufbau- und Resilienzplan in Kooperation mit der kommunalen Ebene ausgearbeitet werden sollen. Schmitz zeigt sich überrascht, dass dieser ohne Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände im Dezember 2020 bereits veröffentlicht wurde. Auch wenn der Plan teilweise positiv zu bewerten sei, da Mittel für diverse kommunale Tätigkeiten eingestellt wurden, stellt Schmitz fest, dass der Bund einen Großteil der Mittel für Aktivitäten angesetzt habe, die bereits im Konjunkturpaket von Juni 2020 eingeplant wurden. Mittel aus dem **Strukturfonds** als Teil der Kohäsionspolitik sollen mind. zu 30 Prozent für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden, wobei die genauen Anteile für Deutschland noch nicht feststehen. Bezüglich der Strukturfonds rät Schmitz den Kommunen, sich zur Beratung an die Landesförderbanken zu wenden, die Teile der Fördermittel gemeinsam mit der Kommission verwalten. In diesem Zusammenhang sei insbesondere das Instrument der dezentralen Fördermöglichkeiten interessant, die in der nächsten Förderperiode gestärkt werden sollen (ähnlich dem LEADER-Programm).

Der Green Deal zur Umsetzung der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik

„Für das Erreichen der Klimaziele müssen wir die Stadt komplett umbauen und Räume neu planen – dafür brauchen wir einen Schub von vielen Seiten! Der Green Deal ist sicher ein guter Motor für den Klimaschutz auf kommunaler Ebene.“ Mit diesem Statement startet **Sibylle Keupen**, Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen in die Diskussion mit Bernd Voß und Michael Schmitz. Dabei ist sie sich sicher, zur wirksamen Umsetzung der Maßnahmen brauche es neben dem Engagement der Zivilgesellschaft und der Kommunen einen starken ordnungsrechtlichen Rahmen. Dem schließt sich Schmitz an, der nicht am Willen der Kommunen zweifelt, sondern derzeit die (finanziellen) Rahmenbedingungen als Grenzen des Engagements sieht. Idealerweise sollten Fördermittel demnach auf europäischer Ebene mit allgemeinen Zielsetzungen verknüpft sein, die den Kommunen ausreichend Spielraum lassen, um diese mit konkreten Maßnahmen zu füllen.



Abbildung 2: Die Podiumsteilnehmenden: Michael Voß (Deutscher Landkreistag), Dr. Hannah Büttner (Moderation), Bernd Voß (Ausschuss der Regionen, MdL) und Sibylle Keupen (Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen)

Eine besondere Rolle für die Umsetzung des Green Deals wird darüber hinaus der Zivilgesellschaft zugesprochen. Hinsichtlich der europäischen Agrarpolitik zeigt sich Voß enttäuscht, da er bisher durch die neue EU-Kommission keine wesentlichen Reformen erkenne. Es sei dramatisch, „wenn aus etwa einem Drittel aller EU-Mittel so eine ineffiziente Politik gemacht wird.“ Jetzt müsse man auf einen starken Druck der Zivilgesellschaft hoffen, um eine nachhaltige Neuausrichtung der Agrarpolitik zu erreichen. Auf die starke Einbindung der Zivilgesellschaft setzt die Stadt Aachen u.a. bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft, die einen weiteren thematischen Schwerpunkt des Green Deals abbildet. So liege eine zentrale Bedeutung der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in der Bewusstseinsänderung der Gesellschaft, die man z.B. über Bürger*innendialoge und schulische Bildungsprojekte erreichen könne, schildert Keupen. Darüber hinaus seien beispielsweise Gebäudesanierungen nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip wichtige zusätzliche Maßnahmen, die Aachen ergreifen wird.

Die Debatte um die Umsetzung des Green Deals wird pandemiebedingt stetig von der Frage der doppelten Krisenbewältigung begleitet, die vor dem Hintergrund der Wiederaufbauhilfen

vor allem auch finanzielle Aspekte betrifft. Eine konkrete Verknüpfung bei der Vergabe von Fördermitteln mit Nachhaltigkeitskriterien gibt es derzeit noch nicht. Eine beachtenswerte Idee, so Schmitz, sei aber die Verknüpfung der Fördermittelvergabe mit der EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen bzw. die „grüne Liste“ zur Klassifizierung von nachhaltigen Investitionen, die derzeit durch die EU-Kommission erarbeitet werde. Keupen ergänzt, dass Politik und Verwaltung in der Corona-Pandemie ihre Schnelligkeit und Anpassungsfähigkeit bewiesen hätten, die man sich nun in der Bewältigung der Klimakrise zu Nutzen machen müsse.

Nachhaltigkeit als Gemeinschaftswerk

In einer Sache sind sich alle Podiumsteilnehmenden einig: Das wirksamste Mittel zur Umsetzung sowohl des Green Deals als auch der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik ist Vernetzung. Bernd Voß setzt auf Good-Practice Beispiele, um schnell in die Umsetzung von Maßnahmen zu gehen. Je später man die Sache angehe, desto weniger könnten Zukunftsgemeinden entstehen. Michael Schmitz rät, sich aktiv zu informieren, denn alle notwendigen Informationen stünden zur Verfügung und Sibylle Keupen schließt an, „die Zeit ist jetzt. Jeder Schritt, ist ein Schritt nach vorne.“ Dass Nachhaltigkeit nur als Gemeinschaftswerk funktioniert, bestätigt auch Dr. Klaus Reuter als Konsortialführer der RENN.west und Geschäftsführer der LAG 21 NRW in seinem Schlusswort. Denn neben der Schwarmintelligenz der Gesellschaft brauche es strategische Verknüpfungen von Nachhaltigkeit innerhalb der Verwaltung und einen ordnungsrechtlichen Rahmen. Der Green Deal würde in diesem Zusammenhang viele Anknüpfungspunkte und Chancen bieten, die jetzt von den Kommunen genutzt werden müssten.

Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) ist ein Netzwerk aus Nachhaltigkeitsakteuren in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, das Ende 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit drei weiteren regionalen Netzwerken gegründet wurde. Ziel der RENN.west ist es, zum Wissensaustausch anzuregen, gute Lösungsansätze zu verbreiten und die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung Deutschlands weiterzuentwickeln

Impressum

Herausgeber / Copyright:

Regionale Netzstelle
Nachhaltigkeitsstrategien West
Deutsche Str. 10
44339 Dortmund
+49 (231) 936960-12
west@renn-netzwerk.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Konsortialführung RENN.west
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund
www.lag21.de

Weitere Informationen:

www.renn-netzwerk.de/west
@RENNwest